

# Nebröer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weitz, Markt 24/25.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklametext 20 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Arien.

Nr 52

Donnerstag, den 30. April 1931.

44. Jahrgang

## Reichstag im Juni?

Antrag der Sozialdemokraten zu erwarten.

Berlin, 29. April.

In unterrichteten parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichstag nun doch vor dem Herbst noch einmal zu einer kurzen Tagung zusammenzutreten wird. Der von den Kommunisten vor einigen Tagen eingebrachte Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages werde allerdings keine praktische Wirkung haben, da die Regierungsparteien und die Sozialdemokraten entschlossen seien, diesen Antrag abzulehnen.

Es sei aber anzunehmen, daß Mitte oder Ende Mai die Sozialdemokraten selbst einen Antrag auf Einberufung des Reichstages stellen würden, der dann natürlich eine Mehrheit finden werde. Man glaube, daß die bevorstehenden neuen Notverordnungen für die Sozialdemokraten die äußere Veranlassung zu diesem Schritt sein würden, da die neue Notverordnungen Bestimmungen enthalten sollen, die wie man behauptet, die Sozialdemokraten nicht hinnehmen könnten, ohne wenigstens den Versuch zu machen, sie durch eine Entschädigung des Reichstages zu beseitigen.

Die Lage für die Sozialdemokraten sei gegenwärtig sehr schwierig, da der sozialdemokratische Parteitag, der zum 31. Mai nach Leipzig einberufen worden ist, vor der Tür stehe. Auf diesem Parteitag werde die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Stellung rechtfertigen müssen, ebenso wie die neun sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die in der Rängefragefrage gegen ihre Fraktion gestimmt haben, ihre Gründe vorzutragen würden. Der sozialdemokratische Parteivorstand werde daher, um der radikalen Stimmung in weiten Kreisen der Sozialdemokratischen Partei nachzugeben, auf Einberufung des Reichstages dringen. Man nehme an, daß der Reichstag dann im Juni zu einer kurzen, etwa einmündigen Tagung zusammenzutreten werde. Für diesen Zusammentritt würden sich auch die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Kommunisten erklären, vielleicht sogar auch die Vertreter der Wirtschaftspartei und des Landvolks.

## Zwischenregelung für den Weizenzoll.

Einfuhr von 500 000 Tonnen erforderlich.

Berlin, 29. April.

Die Vorlagen des Reichsernährungsministers zur Ausführung des zollpolitischen Ermächtigungsgesetzes haben eine Erweiterung durch eine Vorlage für den Weizenzoll erfahren. Der augenblicklich geltende Zoll wirkt praktisch annähernd prohibitiv.

Nach Maßgabe der Verforgungslage erscheint aber schon zur Vermeidung übermäßiger Preiserhöhungen, die der Landwirtschaft doch nicht mehr zugute kommen, die Einfuhr von annähernd 500 000 Tonnen bis zur neuen Ernte erforderlich.

Nachdem vom Reichsernährungsminister die in der Öffentlichkeit erörterten Vorläge, eine Monopolfirma mit der Einfuhr zu betrauen oder den Zoll allgemein herabzusetzen, abgelehnt worden sind, wird der erste Vorschlag staatsmonopolistische Tendenzen fördern und der zweite zu gewaltigen Voreinfuhren führen müßte, ist eine Regelung im Kontingentswege gefunden worden. Die dezentralisierte Durchführung dieser Regelung ist dem seit Jahrzehnten in England üblichen Verfahren der internen Dienstausstellungen an die Zollämter zur Begrenzung der Einfuhr auf ein bestimmtes Maß ähnlich und bietet nach Ansicht des Reichsernährungsministeriums genügenden Schutz gegen Ueberschreitungen des Jomsch für die Landwirtschaft wie aber auch im Interesse der Verbraucher angemessenen Kontingents.

## Vor der Entscheidung im Kabinett.

Vor der Entscheidung in der Zollfrage.

Das Kabinettskabinett unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Lohse, nahm den Bericht über die Ergebnisse der gestrigen Verhandlungen zwischen den beteiligten Ministern entgegen; denn wurde die gesamte agrarpolitische Lage durchberaten. Die Entscheidung des Kabinetts steht unmittelbar bevor.

## Bericht Brüning's an die Fraktion.

Sitzung des Vorstandes der Zentrumsfraktion.  
Der Vorstand der Reichstagsfraktion des Zentrums hielt eine Sitzung ab, an der auch Reichskanzler Dr. Brüning sowie die Kabinettsmitglieder des Zentrums teilnahmen. Der Reichskanzler gab dem Vorstande einen Ueberblick über die politische Lage. In der nachfolgenden Aussprache wurde bedauert, daß die Ausführungsbestimmungen zum Zollgesetz noch nicht erlassen seien. Die schwersten agrarpolitischen Fragen waren Gegenstand sachlicher Erörterung.

Der im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion stehende Vorbericht mit Deckerheit wurde als im Interesse einer gesunden europäischen Entwicklung liegend gebilligt. In allen europäischen Fragen herrsche nach der parteiamtlichen Mitteilung völlige Uebereinstimmung mit der Haltung des Reichskanzlers.

## Preußenparlament tagt wieder.

Beratung des Innen- und des Forstfals.

Berlin, 29. April.

Der Preussische Landtag trat nach vierwöchiger Verhandlungspause wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Haushalts des Innenministeriums.  
Abg. Steinhoff (Dnt.) protestiert gegen die letzte Notverordnung. Abg. Hauff (Snaisp.) erklärt, die Notverordnung vom „roten Preußen“ werde widerlegt durch eine zahlenmäßige Darstellung der parteipolitischen Zusammenfassung der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte.

Innenminister Seewing kommt auf den bekannten Briefwechsel mit dem Abgeordneten von Winterfeldt (Dnt.) zurück und erklärt: Ich gehe einer Auseinandersetzung über diese Frage nicht aus dem Wege. Dazu wird sich bei der dritten Haushaltsberatung ausgiebig Gelegenheit bieten. Ich fühle mich nicht in erster Linie als Preuze, sondern als republikanischer Deutscher. Zu den Anfragen der Rechten über die Uebernahme der 43 Offiziere des Reichswaffenrichters in die preussische Schutzpolizei führt der Minister u. a. aus: Ich habe allerdings von den Polizeipräsidenten Auskunft darüber erlangt, ob gegen die zu übernehmenden Offiziere hinsichtlich ihrer Verfassungstreue keine Bedenken beständen (Hört! hört! rechts).

Abg. Kasper (Komm.) führt Beschwerde über das Auftreten der Polizei bei Straßendemonstrationen.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet. Die Abstimmungen finden später statt. Es folgt die zweite Beratung des Forsthaushalts. Abg. Simon erklärt den Ausschlußrecht. Die allgemeine Aussprache wird eingeleitet durch den Abg. Braun (Soz.), der Beschwerde über die Behandlung und Entlohnung der Forstarbeiter führt. Abg. Graf von Garnier (Dnt.) bedauert, daß der Minister sich im Zustand nicht ausfühlender mit der Frage beschäftigt habe, wie die Rentabilität der deutschen Forstwirtschaft wiederherzustellen sei. Abg. Schmelzer (Str.) betont, daß die Rechtsparolen sich nicht von der Arbeit für Land- und Forstwirtschaft ausgeschlossen hätten durch ihre scharfe Oppositionsstellung gegen die preussische Regierung. Abg. Freiherr von Wangenheim (Dnt.) tritt für höhere Holzpreise ein. Am einzelnen tritt er u. a. besonders für die Interessen des Harzgebietes ein. Die Weiterberatung wird dann am Mittwoch 12 Uhr vertagt.

## Landtag und Volksbegehren.

Wann fällt im Parlament die Entscheidung?

Berlin, 29. April.

Nachdem das Volksbegehren Erfolg gehabt hat, muß nach den Bestimmungen der Verfassung der Preussische Landtag darüber entscheiden, ob er der Forderung des Volksbegehrens zustimmt. Wann diese Entscheidung gefällt werden wird, steht noch nicht fest.

Man rechnet mit der Möglichkeit, die Abstimmung über diese Frage in dem Sitzungsbisshin im Juni vornehmen zu können, zu dem der Landtag voraussichtlich zusammentreten wird, um den Kirchenvertrag zu verabschieden.

Zunächst muß bekanntlich das Abstimmungsergebnis vom Staatschef dem Staatsministerium mitgeteilt werden. Das Staatsministerium überleitet die Feststellungen dem Landeswahlleiter zur Nachprüfung. Sobald die Nachprüfung erfolgt ist, ist nach den Bestimmungen der Verfassung binnen vier Wochen dem Landtag eine Vorlage zu machen, die die Forderung des Volksbegehrens zum Gegenstand hat. Beinh der Landtag die Vorlage ab, so ist der Weg für den Volksentscheid frei.

Mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags muß für die Vorlage stimmen, um den Volksentscheid entbehrlich zu machen.

Da der Landtag 450 Mitglieder hat, müßten also wenigstens 226 Abgeordnete für die Auflösung stimmen. Die Annahme, daß von den hinter dem Volksbegehren stehenden Parteien noch ein besonderer Antrag auf Auflösung eingebracht werden würde, findet keine Bestätigung.

## Gegen den Anschluß an Preußen.

Stellungnahme des Landbundes Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin, 29. April.

Der Gesamtvorstand des Landbundes Mecklenburg-Schwerin fasste eine Entschliessung, in der einmütig die Stellungnahme des Landbundes Mecklenburg-Schwerin zur Streitfrage Anschlußfrage begrüßt und besonders den Mitgliedern aus dem Land Rügen für die von ihnen ergriffene Initiative zur Abwendung des Anschlusses an Preußen in großen Gedankt wird. Der Landbund Mecklenburg-Schwerin, so heißt es weiter in der Entschliessung, bestimme sich erneut als entschiedener Gegner jeder zentralistischen Reichsreform und jeder Aufsaugungspolitik durch Preußen. Der Gesamtvorstand bitte die Mecklenburg-Schwerinsche Staatsregierung, ihre Bemühungen zur Vereinigung der beiden Länder Mecklenburg fortzusetzen.

## Kein Schritt des Landbundes.

Die Meldungen über die Rücktritts-Ausforderung an Minister Schiele demantiert.

Ämtlich wird mitgeteilt, die in Berliner Ansbuchblätter veröffentlichte Meldung, daß Landbundespräsident des Reichsernährungsminister Schiele aufgetört hätten, zurückzuführen, wenn der erwähnte Minister soll nicht effektiv wurde, ist unzutreffend. Es haben weder direkte noch indirekte Äußerungen irgend welcher Art in dieser Angelegenheit zwischen dem Reichsernährungsminister und dem Reichs-Landbundes stattgefunden.

Wie aus den dem Reichsernährungsminister nachstehenden Kreisen verlautet, hat Reichsminister Schiele dem Kanzler gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er und die landwirtschaftlichen Organisationen es für unmöglich halten, daß der Rüterzoll vollkommen abgelehnt werde. Ein Abgleiten der Milch- und Butterpreise unter die Preisuntergrenze müßte unter allen Umständen verhütet werden. Um eine demokratische Erhebung zum Rücktritt habe es sich hierbei aber nicht gehandelt. Ein Uebertritt würde sich im übrigen erst geminnen lassen, wenn sich im Verlaufe der Resignationsgesprächen ergeben habe, ob ein Kompromiß möglich sei.

## Redeverbot aufgehoben.

Dr. Goebbels darf in Berlin wieder reden.

Berlin, 28. April.

Wie vom zuständigen Stelle mitgeteilt wird, hat sich Dr. Goebbels verpflichtet, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß in nationalsozialistischen Parteiveranstaltungen, in denen er als Redner auftritt, die mit der Ueberwindung beauftragten Polizeibeamten nicht grüßlich belächelt, lächerlich gemacht oder sonst angegriffen werden.

Auf Grund dieser Erklärung hat das Berliner Polizeipräsidium das öffentliche Auftreten von Dr. Goebbels, das ihm in der letzten Zeit in zahlreichen Fällen unterlag worden war, wieder gestattet. Dr. Goebbels wird daraufhin auf einer großen Kundgebung der NSDAP am 1. Mai im Sportplatz sprechen.

## Dr. Goebbels wieder auf freiem Fuß.

Berlin, 29. April. Der Gauleiter der nationalsozialistischen Partei in Berlin, Dr. Goebbels, der in München beschloß und in Berlin zum Vermin vorgeführt wurde, nachdem er den verhängenen Vorladungen nicht gefolgt war, ist wieder freigelassen worden. Dr. Goebbels weigerte sich, sich zu den acht Fällen von Verleumdung, die gegen ihn anstehen, zu äußern. Sein Verteidiger stellte Beweisangebote. Das Gericht beschloß, die beiden Anträge fiktiv zu lassen. Die Verhandlung wurde vertagt und Dr. Goebbels vom ferneren Geschehen zu diesem Prozeß entbunden.

## Uniformen sind in Baden wieder erlaubt.

Karlsruhe, 29. April. Nach einer amtlichen Bekanntmachung ist das allgemeine Verbot des Tragens der Parteiformen und Bundesstrachen bei öffentlichen Versammlungen und Umzügen aufgehoben worden.

## Snowdens Haushaltsrede.

Verringerung der nationalen Schuld.

London, 28. April.

Am Unterhaus hielt Schatzkanzler Snowden seine mit Spannung erwartete Haushaltsrede. Er erklärte einleitend, daß er von dem üblichen Rückblick über das vergangene Finanzjahr abstehe, stattdessen sei eine Druckfrist ausgesprochen worden, die den Abgeordneten zugestellt werde.

Deshalb die wirtschaftliche Depression im Bereiche ohne Beispiel dafolge, sei es gelungen, die nationale Schuld wesentlich zu vermindern. Es seien 180 Millionen Mark aus der deutschen Mobilisierungsanleihe eingegangen, so daß in unverweirter Weise 52,5 Millionen Pfund der Schuld amortisiert werden konnten.

Der Schatzkanzler veranschlagte die kommenden Einnahmen aus den Zöllen und der Abgabe auf 238 Millionen Pfund (245 Millionen Pfund im Vorjahre) und die Gesamteinnahmen auf 766 (775,9) Millionen Pfund.

## Unterhaus bestschloß sich Snowden.

London, 28. April. Nach der Rede des Schatzkanzlers Snowden im Unterhaus schloß sich Neville Chamberlain, um im Rahmen der konservativen Stimmung seine Anerkennung für „seinen Mut, seine Aufrichtigkeit und seine hervorragenden parlamentarischen Fähigkeiten“ zum Ausdruck zu bringen. Die konservative Opposition sei froh, ihn nach seiner Straffreiheit wieder

## Die bulgarische Regierungskrise.

Malinoff erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Sofia, 29. April.

Die bulgarische Kabinettskrisis scheint in ihren letzten Abschnitten eingetreten zu sein. Malinoff erhielt vom König erneut den Auftrag, ein Koalitionskabinet ein schließlich des Sgouor zu bilden.

Die Lage hatte sich nach dem Scheitern eines Auftrages an Jantoff, der eine Regierung der Reichsregierung bilden wollte, sehr erheitert. Der König hatte deshalb den bisherigen Ministerpräsidenten Wapfischke unauffällig in sein Schloss gebeten und energisch auf eine Einschränkung der Forderungen des Spoor gedrungen. Deswegen ließ der König durch Beamte des Hofes eine Reihe von Partiführern im Jagdschlösschen an Malinoff erfragen. Malinoffs Ausrichten, ein Kabinett zustande zu bringen, sind dadurch erheblich gebessert.

### Moskaus Wirtschaftsvertrag mit Rom.

Rußland bestellt für 77 Millionen RM. in Italien.

Rom, 20. April.

Zwischen dem italienischen Korporationsministerium und einer russischen Handelsabordnung sind in den letzten Tagen Verhandlungen über einen neuen Wirtschaftsvertrag zwischen Italien und der Sowjetunion gepflogen worden.

Wie verlautet, ist dieser Vertrag bereits unterzeichnet worden. Am wünschenswertesten ist dabei, daß die Sowjetunion in den nächsten Jahren bis acht Monaten Bestellungen für etwa 350 Millionen Lire (77 Millionen RM.) in Italien ergäbe und die italienische Regierung für diese Summe die Sicherheit übernimmt.

### Die Politik Japans gegenüber China.

Für teilweise Aufhebung der Exterritorialität.

London, 20. April.

Auf einer Konferenz im japanischen Außenministerium, an der der japanische Gesandte in China teilnahm, wurde eine gänzlich neue Politik Japans gegenüber China beschlossen.

Die Regierung verteidigt die Ansicht, daß man China in seinen Bemühungen zur Wiedererlangung seiner Souveränität unterstützen solle, und es wurde daher grundsätzlich beschlossen, sich mit der Aufhebung der Exterritorialität einverstanden zu erklären.

Japan knüpft aber daran eine Reihe von Bedingungen: Es soll gleichzeitig ein Handels- und Schiffahrtsvertrag abgeschlossen werden. Die südmandschurische Zone ist von den Exterritorialitäten auszuschließen. Japan ist bereit, alle Konzessionen, mit Ausnahme von Schanghai, Tientsin, Peking, Hankau und Kanton, aufzugeben. Die neuen Abmachungen sollen zunächst für die Dauer von acht Jahren gelten. Der japanische Gesandte für China, der sofort wieder nach Peking zurückkehren wird, hat den Auftrag, auch noch besondere Sicherheitsmaßnahmen für Japaner, im Innern Chinas bei der Vorkriegsregierung durchzuführen. Die japanische Regierung beschließt, sofort in direkte Verhandlungen mit Peking über eine Reihe von noch nicht geregelten Fragen hinsichtlich der Mandchurei und der Mongolei einzutreten. Bisher zwischen der südmandschurischen Eisenbahn und der Mandschu-Regierung erörtert wurde.

### Deutsche Tageschau.

Schule und die Verwaltungsposten bei der Industriekrise.

Der Befehl der landwirtschaftlichen Verwaltungsposten in der Bank für Anbauverordnungen am Grund der Wirtschaft ist im wesentlichen durch die Anweisung der Verwaltungsposten vorausgegangen. Der Reichsminister hat gegen die Übergrabe von zwei Seiten an die Deutsche Bauernschaft Einspruch erhoben, weil diese Organisation in der Landwirtschaft selbst, besonders nach dem Ausscheiden des Bauernbundes, so gut wie gar keinen Rückhalt habe. Der Reichsminister hat sich aber überläßt worden, weil es sich herausgestellt habe, daß die Reichsminister Erosman und Dr. Dietrich über die Verabschiedung der Wirtschaft im Verhältnis gegenüber einigen Parteien eine dahingehende Forderung gemacht hätten.

### Die Herabsetzung der Landtagsdiäten.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags befaßte im wesentlichen die von seinem Untersuchungsamt gemachten Vorschläge über die Herabsetzung der Landtagsdiäten. Danach erhalten die Mitglieder eine monatliche Aufwandsentschädigung von 600 RM. für jeden Tag, an dem ein Mitglied des Landtages der Vollstreckung ferngeblieben ist, wird von der Aufwandsentschädigung ein Betrag von 20 RM. abgezogen. Für die Teilnahme an Ausschüßsitzungen an nachmittäglichen Tagen soll eine besondere Aufwandsentschädigung in Höhe von 10 RM. gezahlt werden.

### Reisegeräberfürsorge.

Der preussische Innenminister stellt aus dem Reich für die Erhaltung der Reisegeräber aus dem Weltreiche für das Rechnungsjahr 1931 überwiegenen Mitteln den Grabsplatzbezirken einen durch den Reichshaushalt 1931 festgesetzten Einheitspreissetz von 225 RM. für jeden Bestatteten, dessen Grab aus Reichsmitteln zu pflegen ist, zur Verfügung. Der Minister ersucht, für schleunige Unterbreitung zu sorgen und weiter dahin zu wirken, daß die Reisegeräber sorgfältig instand gehalten und in der üblichen Weise mit einfachen, aber dauerhaften, die Toten ehrenden Gedenksteinen versehen werden.

### Auslands-Rundschau.

„Es gibt noch eine Gerechtigkeit in Polen.“

Das Kreisgericht in Warau vorurteilt dieser Tage die Mitglieder des Wahlvereins einer benachteiligten Partei, die angeklagt waren, das Wahlergebnis zu Gunsten der Regierungspartei gefälscht zu haben, zu einigen Monaten Gefängnis. Das nationaldemokratische „N. B. C.“ bemerkt mit besonderer Befriedigung zu diesem Urteil folgendes: „Es gibt noch Gerechtigkeit in Polen und noch eine Gerechtigkeit. Es ist zu erwarten, daß in nächster Zeit weitere Urteile gegen die Regierungspartei gefällt werden, die einen beispielhaften Terror bei den Wahlen verübten und durch Befehlshaber die Wahlergebnisse im ganzen Lande gefälscht hatten.“

### Die Rote Armee will keine Annapfahlen.

Der Kriegs- und Revolutionsrat der Sowjetunion unterzeichnete einen Befehl, demzufolge alle Militärpflichtigen, die jetzt zum Militärdienst einbezogen werden, Annapfahlen sein müssen. Annapfahlen werden in die Truppenliste der Roten Armee und Marine nicht mehr aufgenommen, sondern erst auf Kosten des Staates in besonderen Schulen ausgebildet. Der neue Befehl des Kriegs- und Revolutionsrates tritt bereits am 1. Mai 1931 in Kraft.

### Belgien erweitert seinen Verteidigungsplan.

Der Oberste Rat für die nationale Verteidigung hat unter dem Vorbehalt des Königs noch eine Erweiterung des Verteidigungsplanes

beschlossen, den General Gallez, der Generalschefe des Heeres, vorgelegt hatte. Die Erweiterung umfaßt auch das rechte Massouer, während der Gattische Plan nur die Verteidigung des linken Ufers vorsah. Die vorberitete Verteidigungslinie wird nun in großer Entfernung östlich von Lüttich liegen. Diese Verteidigungslinie wird außerdem die Provinz Luxemburg einbeziehen und die Täler der Durthe, der Amblève und der Salm mitumfassen.

### Poincaré Gesundheitszustand gebessert.

Der innenpolitische Reichsleiter des „Echo de Paris“ hatte eine Unterredung mit Poincaré, dessen Gesundheitszustand sich in den letzten Wochen sehr gebessert hat. An dem Generatrat seines Wahlkreises Bar-le-Duc wird er aber nicht teilnehmen, sondern sich durch den Kriegsminister Maginot vertreten lassen. Nach an den Reichsleitersitzungen am 19. Mai nimmt er nicht teil, da ihm die Verträge diese Anwesenheit verlangen. Poincaré wird sich zur vollständigen Wiederherstellung seiner Gesundheit an die Riviera begeben.

### Kleine politische Meldungen.

Gesandter von Natus ins Auswärtige Amt berufen. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der Gesandte von Natus zur Dienstleistung ins Auswärtige Amt einberufen worden.

Keine Kürzung der Kinderzulagen und Beamtengehälter. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, treffen vorläufige Stellungnahmen über eine Kürzung der Kinderzulagen ebenso wenig wie eine Reduzierung über eine Kürzung der Beamtengehälter.

Defetereich zur Ratsektion geladen. Dem hierreichlichen Außenamt ist die Einladung zur Sitzung des Ratsbundesrates in Genf zugegangen. Defetereich wird bei der Sitzung durch Botschafter und Außenminister Dr. Schöber vertreten sein.

### Aus der Umgegend

Nebra, 30. April.

### — Deffentliche Stadtordeordnetenversammlung im „Weißen Hof“.

Der bisherige Beigeordnete Kaufmann Weis stellt sein Amt zur Verfügung. Da er nach Wendelstein verzog, mußte er schweren Herzens niederlegen. Zu dem wichtigsten Punkte „Anerkennung von Beigeordneten“ waren alle 14 Stadtordeordneten zugegen. Die Bürgerlichen schlugen Tierarzt Paul Senfel sen. vor, die Sozialdemokraten Albin Fittig, die Kommunisten Lagerhalter Albert Santel. Im ersten Wahlgang erhielten Senfel 7, Fittig 4 und Santel 3 Stimmen. Im zweiten Wahlgang wurde Tierarzt Senfel mit 7 Stimmen zum Beigeordneten Wehras gewählt. 4 Stimmen waren für Fittig abgegeben, 3 waren unbeschieden. Dann brachte der Vorsitzende 6 Antragsentwürfe zur Abstimmung. 1) In der am 25. 2. stattgefundenen außerordentlichen Versammlung wurde nichts zu erinnern. 2) Der frühere Bürgermeister Müller bittet die Stadt in einem Schreiben für die Bestätigung seines Personenscheines, das von Erfolg gekrönt war. 3) Am 18. 3. wurde der große Winternachtsplan für die Zeit vom 1. 10. 31 bis 30. 9. 37 verabschiedet. Er bringt der Stadt jährlich 1313 RM. Pacht. Am 23. 3. erteilte der Magistrat den Pächtern den Zuschlag. Drei Pächter wurden noch einmal zu ordnungsmäßiger Personifizierung angehalten. 4) Die Stadt hat der Bildung einer Wasserwerksgesellschaft zur Melioration der Anstaltswiesen zugestimmt und ist ihr unter für die Stadt wichtigen Bedingungen beigetreten. So sollen die nötigen Arbeiten auf Hebraer Flur von Hebraer Erwerbslosen ausgeführt werden. 5) Die landwirtschaftliche Haushaltungsschule soll am 1. Oktober nach Naumburg verlegt werden. Der Vorsitzende verlas den Schriftwechsel zu diesem Punkte. Daraus ging hervor, daß sich die Schule der Stadt zu erhalten. Aber die Naumburger Stadtkammer befehlt unbedingt auf Verlegung nach Naumburg, das so hohe wirtschaftliche Vorteile bietet, die Webra nicht aufbringen kann. Aber auch ohnehin macht sich nach den angeführten sachlichen Gründen die Verlegung notwendig. Die kleine landwirtschaftliche Stadt Webra eignet sich nicht mehr zur Ausbildung der Töchter der schwerlebenden Landwirtschaft, das geschieht besser in einer größeren Stadt, darum ist auch die Schulziffer der Schule zurückgegangen. (Ob das der Grund ist?) Die teilweise industrielle Bevölkerung ist ebenfalls von schädlichem Einfluß. Auch füllten sich die Straßstraßen in Webra nicht wohl. (Diesem Uebel wäre wohl ohne Geldkosten abzuhelfen.) Da in der landwirtschaftlichen Winterschule Querschnitt auch Landwirtschaftler ausgebildet werden, erübrigt sich die Schule. In Naumburg ist sie für die Kreise Naumburg und Weißenfels sehr wichtig. Sie kann dort auch, falls der Bedarf schließt ist, in eine landwirtschaftliche Schule umgewandelt werden. 6) Der Antrag verschiedener Organisationen auf Zumeilung eines Sportplatzes mußte auf Grund eines Ministerialerlasses abgelehnt werden, da es sich teils um staatsfeindliche Organisationen handelt. In der Verpredung des Dringlichkeitsantrages der S.P.D. auf Einrichtung eines Sportplatzes für alle Vereine durch die Stadt, wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, mit den Vorständen der Vereine die Angelegenheit zu beraten und Mittel zur Einrichtung eines Sportplatzes ausfindig zu machen. Am kamen Punkt 3-5 zur Verhandlung. Der Beschluß von 27. 7. über Ermäßigung der Zins- und Tilgungssätze für die häftlichen Anleihen wird erweitert, indem die Versammlung auch zu dem Magistrat-Beschluß vom 20. 8. 30 ihre Zustimmung gibt. Die vorläufige Weiterhebung der Steuerfeste des Vorjahres bis zur Fertigstellung des Etats wird mit 11 gegen 3 Stimmen beschlossen. Der schon im Vorjahre geplante Bau eines Kinderplanschbeckens in der häftlichen Badeanstalt wird nun zur Wirklichkeit. Die dazu angeforderten Kostenansätze liegen bei Pacht 1559 RM., bei Weineide 1195,80 RM. Einmümmung wird der Firma Weineide die Ausführung übertragen. Die nötigen Mittel sind bereits im außerordentlichen Etat 1930 bereitgestellt.

### — Schulnachrichten.

Die Schulamtsbeherber Hille in Carsdorf und Richard Wude in Altenroba haben die zweite Prüfung zur endgültigen Anstellung als Volksschullehrer bestanden.

Der Filialkonzert-Film nimmt jetzt schon das große Interesse des Publikums für sich in Anspruch. Es ist schon so, der „Alte Fritz“ hat den Wunschling des deutschen Volkes für immer in Beschlag, und ganz gleich, ob Monarchist oder Republikaner—Friedrich der Große mit seiner Feste und seinen „langen Haaren“ bleibt allen ein Held. In der herrlichen Verfertigung Otto Gebährs gewinnt die Gestalt des großen Preußenkönigs Leben und greifbarer Echtheit.

Mit wachsender Begeisterung glaubt man hier wirklich den König zu sehen und zu hören als den geistvollen Gesellschaftler von Sanssouci, als überlegenen Politiker unter Diplomaten, als wagnersüchtigen Führer vor seinen Generälen und als warmfühlenden Menschen unter seinen Getreuen—ein Erleben von unüberbrücklicher Größe und Schönheit.—Man erlebt in atemberaubender Spannung die Ereignisse am Vorabend des siebenjährigen Krieges, man wird zum Zeugen, wie die politischen Fäden jener Zeit geknüpft wurden, wie in Dresden der Pakt gegen Preußen zustande kam und schließlich in Sanssouci die entscheidenden Absprachen . . . Otto Gebähr, der weltbekannte Friederichs-Darsteller, gestaltet durch die Macht des Wortes den großen König in noch vollendeterer Form als bisher. Die Nachfrage nach Eintrittskarten ist sehr reg, es wird jeder gut tun, sich durch Benutzung des Vorverkaufes einen ihm zugulagenden Platz zu sichern.

### — Ein Sonderzug Kojleben—Halle a. S.

In der Zeit vom 2.-8. Mai fährt in Halle a. S. der große Zirkus Sarrafini. Wie uns seitens der Eisenbahn berichtet wird, ist beabsichtigt, am 6. Mai (Mittwoch) von Kojleben ausgehend einen Sonderzug mit bedeutender Preisermäßigung nach Halle und zurück verkehren zu lassen. Die Fahrpreisermäßigung wird betragen für Kinder bis 10 Jahre 75 Prozent, über 10 Jahre 50 Prozent, für Erwachsene 40 Prozent. Voraussetzung des Zustanbekommens dieses Zuges ist die genügende Anzahl von Teilnehmern. Es wird bei der Verwaltung der Sarrafinianer auch versucht werden, für die Teilnehmer des Sonderzuges eine Ermäßigung des Eintrittspreises zu erlangen. Wie wir hören, wird die Kojlebener Schule sich mit einer größeren Anzahl Schüler an der Fahrt beteiligen, es ist aber hinsichtlich der Vorbereitungen durchaus nötig, daß Teilnehmer aus Kojleben und den umliegenden Orten sofort eine Fahrkarte beim hiesigen Fahrkartenschalter bestellen (Fernsprecher 214), denn bei nicht genügender Beteiligung kann das Vorhaben nicht zustande kommen. Die Wafahrtstzeiten für Hin- und Rückfahrt werden noch bekanntgegeben, erstere soll aber so gelegt werden, daß der Zug 2 Stunden vor Beginn der Zirkusvorstellung in Halle eintrifft. Auf den Stationen Dornsdorf, Gehofen, Reinsdorf, Atern soll der Zug zwecks Aufnahme weiterer Fahrgäste anhalten, von da an aber direkt bis Halle fahren.

Die Altdeutsche Volkshochschule. Die Thüringische Regierung hat sich auch diesmal entschlossen, einen wertvollen Ehrenpreis für das Zarnie zu stiften. Herr Staatsminister Dr. Kästner, Weimar, hat sich bereit erklärt, das Ehrenpräsidium für die diesjährige Veranstaltung zu übernehmen.

— Ein Uhrenschwindler trieb sich vor einigen Tagen in der Gegend von Atern umher. Er gab an, in Not zu sein und seine goldene Uhr verkaufen zu müssen. Dadurch ist es ihm gelungen, Uhren nichtwertiger Art zu hohen Preisen an den Mann zu bringen.

### — Straßensperrung.

Die Straße Reinsdorf—Dornsdorf wird wegen Neufassungs- und Malzarbeiten in Naumburg vom 27. April bis 6. Mai d. Js. und in Dornsdorf vom 7. Mai bis 13. Mai d. Js. für allen Verkehr gesperrt. Der Durchgangsverkehr wird auf die Parallelstraße Atern—Kalttrief—Schönwerde—Vottenorf—Kojleben und umgekehrt, der örtliche Verkehr auf die angrenzenden Orts- und Feldwege vermiehen.

### — Trotz Sinkens der Arbeitslosen Zahl weitere Zunahme der Volkshahrsvererbslosen auch in den deutschen Landkreisen.

Während der März einen nicht unerheblichen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen und Arbeitsunfähigkeitsempfänger gebracht hat, haben die Volkshahrsvererbslosen auch in den deutschen Landkreisen an Zahl weiter zugenommen. In den deutschen Landkreisen wurden nach einer Statistik des Deutschen Landkreistages am 31. März 1931 347.000 laufend unterhaltene Volkshahrsvererbslose festgestellt. Gegenüber dem Stande vom 28. Februar 1931 (342.000) bedeutet dies eine Steigerung um 5.000 oder 1,5 Prozent. Demnach hat im Gegensatz zur Arbeitslosenvermehrung und Arbeitsunfähigkeitszunahme, die im März eine Entlastung erfahren haben, die finanzielle Belastung der Landkreise durch die Volkshahrsvererbslosen für die März weiter erhöht.

### — Die Gesellschaft Deutscher Nervenärzte nahm in einer Sitzung anlässlich der Hygieneausstellung in Dresden am 19. September 1930 folgende bedeutende Entschlüsse an: Die Gesellschaft Deutscher Nervenärzte muß es als Freijährer der öffentlichen Meinung ansehen, wenn bei der Beurteilung der Bedeutung des Biergenusses für die Gesundheit in erster Linie der Nährwert des Biergenusses herangezogen wird. Denn infolge seines Alkoholgehaltes ist das Bier trotz seines Nährwertes durchaus nicht als zweckmäßiges oder auch nur harmloses Volksnahrungsmittel zu bezeichnen. Der Alkohol schädigt nachgewiesenermaßen auf demselben Wege die Organellen, insbesondere die Nervenzellen, vor allem, wenn er in Mengen genossen wird, die auch nur einen Teil des täglichen Nahrungsbedarfes bedeuten sollen. Die Gesellschaft hält es für ihre Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die große Bedeutung des Biergenusses und das ungebührliche Angebot an Bier jeder Art für die Volksgesundheit und Volkswirtschaft eine schwere Gefahr bedeutet. Reichlicher Alkoholgenuss, auch reichlicher Biergenuss, führt auch wenn es sich noch lange nicht um Trunkenheit handelt, die Leistungs- und Widerstandsfähigkeit des Organismus erheblich herab, verstärkt die Lebensdauer, begünstigt die Entstehung von Geschlechtskrankheiten, Unfällen und Verbrechen. Auch wenn man von den bekannten verheerenden gesundheitlichen und sozialen Folgen der eigentlichen Trunkenheit abieht, belastet der übermäßige Alkoholverbrauch des deutschen Volkes das Versicherungs- und Fürsorgewesen und die Rechtspflege mit ungeheuren Kosten, die zusammen mit der Einbuße an Kraft und Gesundheit einen unerfährlichen Kapitalverlust für die deutsche Gesamtwirtschaft bedeuten.

### — Obfervernerkungsurk.

Die bestmögliche und zeitgemäße Ausnutzung der Früchte, Beeren und Trauben ist von besonderer Wichtigkeit. Vom Frühling an, sobald der Abarbarer als erste grüne Frucht uns erfreut, hat die Hausfrau darüber nachzudenken, wie sie die Ernährung ihrer Familie der Jahreszeit anpassen hat. Neben frühem Obst und Grün ist gebündeltes, eingedicktes und getrocknetes Obst, sind naturreine, unvergorene Fruchtstücke (Süßholz) für Ernährung und Ernährung von großer Bedeutung. Ihre Ver-





Mahatma Gandhis Frau auf dem Kongress in Karachi. Gandhi-Freiwilige begrüßen die im Kongresslager der indischen Nationalisten anlangende Gattin Gandhis, Frau Kasturba Gandhi. Sie dankt mit erhobener Hand.

### Vermischtes.

○ **Allzu buchstäblich genommene Belehrung.** Englische Bankiers hatten in dem lobenswerten Bestreben, den kleinen Sparern die Gefahren nahezuzeigen, die ihnen drohen, wenn sie sich durch die verprochenen hohen Zinssätze verleiten lassen, ihre Sparergeldern fragwürdigen Unternehmungen anzuvertrauen, Vorsichtsekrete verstreuen, in denen die marktfeindliche Reaktion zum Ankauf von Aktien solcher Schuldunternehmungen abgedruckt war. Das Rundschreiben sollte selbstverständlich als abschreckendes Beispiel dienen, und die Verleger schmeichelten sich mit der Hoffnung, daß der ironische Sinn dieser edichteten Anpreisung auch von dem Verstand verstanden werden würde. Zu ihrem Entsetzen mußten die Direktoren der Banken aber feststellen, daß der „schlaue Bürger“ die Sache falsch verstanden hatte, worüber die zahlreichen Zusätze auf Aktien des genannten imaginären Unternehmens nicht den geringsten Zweifel ließen. Die gleiche Erfahrung hatte schon einmal der Lordoberichter Lord Bowen gemacht. Als junger Richter hatte er die Verhandlung gegen einen Angeklagten geleitet, der in der Nacht in einem Hause abgehört worden war, als er in Strümpfen mit einem Saß Diebesbeute die Treppe vorwärts hinunterstiege. Der Fall lag so klar, daß sich der Richter bei der Rechtsbelehrung die ironische Bemerkung gestattet ausdauern glaubte, daß sich der Angeklagte wohl die Stiefel ausgezogen habe, um die Hausbewohner in ihrer Nachtruhe nicht zu stören. Auf die Geschworenen hatte aber diese ironische Bemerkung einen solchen Eindruck gemacht, daß sie darin einen Milderungsgrund sahen, der sie bestimmend einstimmt die Schuldfragen zu vereinen, so daß der Richter gezwungen war, den überführten Angeklagten freizusprechen.

### Der Gemüsegarten im Mai

Mit den etwa noch rückständigen Auslaaten und dem Aus-

pflanzen der verschiedenen Gemüsearten kann fortgefahren werden. Ferner denke man an die zur Erzielung fortlaufender Ernten etwa alle 8—14 Tage zu wiederholenden Neuauslaaten von Schnittsalat, Gartenerfise, Radies und Sommerrettich. Auch neue Auslaaten von Kneifsel-Erbisen, Karotten, Spinat und Pfeifbohnen sind noch vorzunehmen. Von Bohnen finden noch die Hauptauslaaten statt, wobei man beachte, daß insbesondere auf abgereinigten Spinatbeeten die Bohnen besonders reich zu tragen pflegen. Die im April in Töpfe gelegten Kürbisse, Gurken und geeignete Sorten Melonen sind ins freie Land zu pflanzen, ebenso die in Töpfen herangezogenen Pflanzen von Tomaten, spanischem Pfeffer und Basilikum.

Alle bereits früher gemachten Auslaaten und Aussparungen sind regelmäßig zu jäten, aufzulockern, zu behäufeln und zu begießen. Mit der Frühbeetbedeckung nach im Gange, so ist, je schöner die Witterung ist, desto reichlicher zu lüften und zu gießen. Es ist sogar ratsam, an warmen, windstillen Tagen die Fenster einige Stunden hindurch gänzlich abzunehmen. Hat ein Beet viel dunkle Wärme, so kann auch in milden Nächten gelüftet werden.

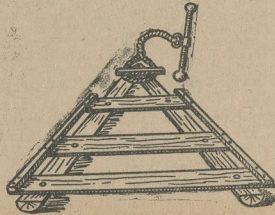
Die Rhubarber- und Spargelernte ist im vollen Gange. Namentlich der Rhubarber ist während dieser Zeit am Abend kräftig zu gießen. Das Stechen des Spargels ist täglich zwei- bis dreimal vorzunehmen, was aber nur dann besonders wichtig ist, wenn er für den Verkauf bestimmt ist. Wo viele Quaden im Garten sind, können sie jetzt durch dieses Umgraben und Auflesen am leichtesten vernichtet werden.

### Heuschleppe für nasse Wiesen

(Mit Abbildung.) (Nachdruck verboten.)

Bei vorherrschend feuchter Witterung sind besonders tiefliegende Wiesen vielfach so aufgeweicht, daß es unmöglich ist, das Gras oder Heu mit Gepanmen abzuführen. Um nun aber trotzdem zum Ziele zu kommen, bedient man sich vorteilhaft der hier abgebildeten Heuschleppe, die sich jeder Landwirt leicht selbst herstellen kann.

Aus einer entsprechend starken Rundstange von 2,5 bis 3 Metern Länge werden durch einen Längsschnitt mittels



Säge zwei halbrunde Holme hergestellt, welche dann mit der Rundung nach unten in schrägem Winkel auf den Boden gelegt werden. Darauf werden 4 bis je 2,5 Meter lange Schalbreiter aufgenagelt, die an ihren Enden rechts und links durch Aufnageln von Querteisen halt und Wsichtig bekommen.

Vorn an der Spitze, wo die beiden Holme zusammenstoßen, wird eine kurze, aber kräftige Querteife aufgenagelt, welche den Holmen weiteren Halt gibt und überdies dazu dient, einen Zugstrick oder eine Kette darum zu schlingen, an deren anderem Ende der Schwengel zum Ziehen oder Anspannen eines Zugtieres befestigt wird.

Auf eine derartige Schleppe geht, richtig geladen, sehr viel Heu, und das Zugtier zieht das Ganze sehr leicht, da es beim Anziehen das Vorderteil der Schleppe leicht anhebt.

E. Sta. in N.

### Haltung und Zucht der Hühner im Mai

(Nachdruck verboten.)

Auf dem Geflügelhofe gibt es nun größere und ganz kleine Küten in reichlicher Menge. Da besteht nach zwei Seiten hin eine Gefahr, indem entweder die kleineren oder die größeren Küten vernachlässigt bzw. hinterangelegt werden. Sie sind doch in der Abmattung, besonders in der Art der Fütterung, anders zu behandeln. Dies darf nie außer acht gelassen werden, sollen die verschiedenen Altersgruppen der Küchlein gleichmäßig gedeihen. Sorgsam ist darauf zu sehen, daß sie frei von Milben und Flöhen sind, weil sie sonst in der Entwicklung zurückbleiben. Hierbei möchte ich gleich noch betonen, daß Küten, die mit dem anderen ihres Alters bei derselben Verpflegung nicht mitkommen, sondern unablässig „umherpiepen“, am zweckmäßigsten zu töten sind, ehe sie sich lange quälen; denn sie bleiben doch immer nur Sorgenfinder, wirtschaftlich ohne Wert. Fehlt es auf einem Hühnerhofe noch an der genügenden Zahl Küten, so können auch, falls es sich um leichte Hühnerarten handelt, jetzt noch dementsprechend Gluckchen gesetzt werden. Ende Mai müssen aber auch diese Küten geschlüpft sein. Bei manchen Hühnerassen legt jetzt der Bruttrieb stark ein, daher müssen die Eier, sollen sie nicht angebrütet werden, „abgelesen“ werden. Dem Weichfutter der Küten ist etwas Weibertran beizumengen. Kühles Wasser brauchen sowohl die großen Hühner als auch die Küchlein. Brennereien sind jetzt zu sammeln und zu trocknen für die Herbst- und Winterfütterung. Dasselbe geschieht mit den Ende des Monats fliegenden Maifarnen. Sie werden mit laufendem Wasser getötet, getrocknet und späterhin wie Garnelen verfüttert. Mangold und Zichorien werden jetzt ausgesät, um immer Grünes für die Küten und Hühner zu haben. Die Stallungen sind fleißig zu lüften. — Den Brutern können jetzt ihrer eigenen Art untergelegt werden. Bei der Fütterung der daraus schlüpfenden Küten spielen Rübequart, vermengt mit Schnittlauch und Salat, die Hauptrolle. Als Körnerfutter ist zunächst zerschlagener Weizen angebracht. — Auch die Berühmteier können von der Mitte des Monats an den Hausblüthenpflanzen untergelegt werden. Die Beschlämer suchen sich von nun an bis zum September hinein alles das Futter feiler, was sie zum Leben und zum Erzeugen von Eiern brauchen.

Paul Hofmann-Jerost.



Sparsamkeit! Sparsamkeit!  
Heißt die Lösung unserer Zeit,  
Doch entscheidend ist die Art,  
Wie und wo und was man spart.  
Heut' auch kann die Frau fürwahr  
Sparen, mit Gewinn sogar,  
Wenn sie...



wozu alles rät —  
Immer bäckt und kocht und brät  
mit „Sanella“, der nahrhaften,  
ausgiebigen, feinschmeckenden  
und billigen Margarine.

# Lanella

MARGARINE

35%  
das 1/2 Pfund

DIE FEINE  
PREISWERT  
WIE KEINE

### Haus- u. Grundbesitzer-Berein Nebra u. Umgegend

Am Sonnabend, den 2. Mai, abends 8 Uhr findet im Saale des Hotel „Zur Sorge“ ein Vortrag statt.

Es spricht:

1. Vom Preussischen Landesverband der Haus- und Grundbesitzer-Bereine Herr Clemens-Merseburg über:  
**Gein oder Nichtgein des Hausgrundbesitzes**

2. Herr Maack-Halle über:

### Hausbesitz und Volkswohl

Anschließend: Diskussion und Auktions-Erteilung über landwirtschaftliche Anlagen usw.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder und deren Frauen ist unbedingt erforderlich. Gaste sind herzlich willkommen.  
Eintritt frei! Der Vorstand.

### Stadt-Lichtspiele „Preussisch. Hof“

Dienstag, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr  
Der große Tonfilm:

### Das Klöten-Konzert von Sanssouci

Vorverkauf bei Max Vorwardt.

## Konsum- und Spargenossenschaft Merseburg

Verteilungsstelle Nebra

● Billige Preise! ●

- |              |             |   |
|--------------|-------------|---|
| Rippenspeck  | 1 Pfd. 98 ¢ | ● Heute frisches Gemüse wie: Rotkohl, Weißkohl, Wirsing- u. Blumenkohl, Tomaten, Bananen, Apfelsinen, Äpfel, Zitronen zu billigsten Tagespreisen. |
| Fettes Speck | 1 Pfd. 78 ¢ |   |
| Schmeer      | 1 Pfd. 56 ¢ |   |
| Silge        | 1 Pfd. 50 ¢ |   |
| ● Rohznöl    | 1 Pfd. 58 ¢ |   |

- |                           |              |
|---------------------------|--------------|
| Margarine „Konsum-Nigros“ | 1 Pfund 47 ¢ |
| Feinste Eigelb-Margarine  | 1 Pfund 66 ¢ |

Mitglieder! Laßt Euch durch falsche Gerüchte nicht verwirren; bedt Euren Bedarf restlos in Euren eigenen Geschäft. — Verkauf nur an Mitglieder. — Eintritt 50 Pfg.

Die Verwaltung.

### Kluden

gibt ab  
Otto Berthold.  
Inferieren bringt Gewinn.

### Edel-Buschrosen

20 Stck. 3.50, 100 Stck. 12.50 Mk.,  
Kletterrosen, 1 Stck. 50 Pfg. liefert

Erich Vollbrecht,  
Rosenkulturen, Treptow a. d. Rega

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben unvergesslichen Mannes, unseres guten Vaters, Schwieger- und Großvaters, des

Malermesters

### Berthold Brückner

drängt es uns allen, die seinen Sarg so überaus reich mit Kränzen schmückten und ihm das Reich zur letzten Ruhestätte gaben, hierdurch herzlich zu danken. Insbesondere auch innigen Dank Herrn Pastor Hoyer für seine trostreichen Worte am Grabe.

Nebra und Berlin, April 1931

Frau Jda Brückner  
nebst Kindern und Enkeln.

# Nebrauer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kisleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kisleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.  
Fernsprecher: Amt Kisleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22632

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektortell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arttern.

Nr 52

Donnerstag, den 30. April 1931.

44. Jahrgang

## Reichstag im Juni?

Antrag der Sozialdemokraten zu erwarten.

Berlin, 29. April.

In unterrichteten parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichstag nun doch vor dem Herbst noch einmal zu einer kurzen Tagung zusammenzutreten wird. Der von den Kommunisten vor einigen Tagen eingebrachte Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages wird allerdings keine praktische Wirkung haben, da die Regierungsparteien und die Sozialdemokraten entzweielt seien, die diesen Antrag abzulehnen.

Es sei aber anzunehmen, daß Mitte oder Ende Mai die Sozialdemokraten selbst einen Antrag auf Einberufung des Reichstages stellen würden, der dann natürlich eine Mehrheit finden würde. Man glaube, daß die bevorstehenden neuen Verordnungen für die Sozialdemokraten die äußere Veranlassung zu diesem Schritt sein würden, da die neue Verordnungen Bestimmungen enthalten sollen, die wie man behauptet, die Sozialdemokraten nicht hinnehmen könnten, ohne wenigstens den Versuch zu machen, je durch eine Entschädigung des Reichstages zu beilegen.

Die Lage für die Sozialdemokraten sei gegenwärtig sehr schmerzhaft, da der sozialdemokratische Parteitag, der zum 31. Mai nach Leipzig einberufen worden ist, vor der Tür stehe. Auf diesem Parteitag werde die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Haltung rechtfertigen müssen, ebenso wie die neun sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die in der Ringerfrage gegen ihre Fraktion gestimmt haben, ihre Gründe vortragen würden. Der sozialdemokratische Parteitag werde daher, um der radikalen Stimmung in weiten Kreisen der Sozialdemokratischen Partei nachzugeben, auf Einberufung des Reichstages bringen. Man nehme an, daß der Reichstag dann im Juni zu einer kurzen, etwa einwöchigen Tagung zusammenzutreten wird. Für diesen Zusammentritt würden sich auch die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Kommunisten erklären, wobei letztere auch die Vertreter der Wirtschaftspartei und des Landvolks.

## Zwischenregelung für den Weizenzoll.

Einfuhr von 500 000 Tonnen erforderlich.

Berlin, 29. April.

Die Vorlagen des Reichsernährungsministers zur Ausfertigung des zollpolitischen Ermächtigungsgesetzes haben eine Ermächtigung durch eine Vorlage für den Weizenzoll erfahren. Der augenblicklich geltende Zoll wirkt praktisch annähernd prohibitiv.

Nach Aufgabe der Verjüngungsernte erscheint aber schon zur Vermeidung übermäßiger Preissteigerungen, die der Landwirtschaft doch nicht mehr zugute kommen, die Einfuhr von annähernd 500 000 Tonnen bis zur neuen Ernte erforderlich.

Nachdem vom Reichsernährungsminister die in der Debatte über den Weizenzoll erwähnte, eine Monopolform mit der Einfuhr zu betreiben oder den Zoll allgemein herabzusetzen, abgelehnt worden sind, weil der erste Vorstoß staatsmonopolistische Tendenzen fördern und der zweite zu gemäßigten Voreinstufen führen müßte, ist eine Regelung im Kontingentswege gefunden worden. Die dezentralisierte Durchführung dieser Regelung ist dem seit Jahrzehnten in England üblichen Verfahren der internen Dienstleistungen an die Zollämter zur Begrenzung der Einfuhr auf ein bestimmtes Maß ähnlich und bietet nach Ansicht des Reichsernährungsministeriums genügenden Schutz gegen Ueberschreitungen des sowohl für die Landwirtschaft wie aber auch für den Kontingentsbesitzer geltenden Kontingents.



## Rabinek.

Frage.  
des Reichstages  
Bericht über die  
zwischen den  
wurde die ge-  
Die Entschä-  
bener.

## Fraktion.

Fraktion.  
tion des Jener  
auch Reichs-  
niettsmitglieder  
anzler gab dem  
politische Lage,  
bedauert, daß  
Hilflosigkeit noch  
agrarpolitischen  
Fraktion.  
den Diskussion  
wurde als im  
Entwicklung lie-  
stagen herrsche  
pölitische Ueber-  
reichstagsaus-  
sers.

## Preußenparlament tagt wieder.

Beratung des Innen- und des Forstetats.

Berlin, 29. April.

Der Preussische Landtag trat nach vierwöchiger Verhandlungspause wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Innenministeriums.

Abg. Steinhoff (Dnt.) protestiert gegen die letzte Notverordnung. Abg. Hauff (Staatsp.) erklärt, die Redensart vom „roten Preußen“ werde widerlegt durch eine zehnjährige Darstellung der parteipolitischen Zusammenfassung der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte.

## Innenminister Severing

kommt auf den bekannten Briefwechsel mit dem Abgeordneten von Winterfeldt (Dnt.) zurück und erklärt: Ich gehe einer Auseinandersetzung über diese Frage nicht aus dem Wege. Dazu wird sich bei der dritten Haushaltsberatung ausgiebig Gelegenheit bieten. Ich füge mich nicht in erster Linie als Preusse, sondern als republikanischer Deutscher. Zu den Anträgen der „roten Preußen“ werde ich mich nicht äußern. Der Reichsausschuss in die preussische Schutzpolizei führt der Minister u. a. aus: Ich habe allerdings von den Polizeipräsidenten Auskunft darüber verlangt, ob gegen die zu übernehmenden Offiziere hinsichtlich ihrer Verfassungstreue keine Bedenken beständen (Hört! hört! rechts).

Abg. Kasper (Komm.) führt Beschwerde über das Auftreten der Polizei bei Straßendemonstrationen.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet. Die Abstimmungen finden später statt. Es folgt die zweite Beratung des Haushalts. Abg. Simon erstattet den Ausschussbericht. Die allgemeine Aussprache wird eingeleitet durch den Abg. Brandenburg (Soz.), der Beschwerde über die Behandlung und Entlohnung der Forstarbeiter führt. Abg. Graf von Garmier (Dnt.) bedauert, daß der Minister sich im Ausschuss nicht ausführlicher mit der Frage beschäftigt habe, wie die Rentabilität der deutschen Forstwirtschaft wiederherzustellen sei. Abg. Schmelzer (Ztr.) betont, daß die Reichsparteien sich selbst von der Arbeit für Land- und Forstwirtschaft ausgeschaltet hätten durch ihre scharfe Oppositionsstellung gegen die preussische Regierung. Abg. Freiherr von Wangenheim (Dr. Frakt.) tritt für höhere Holzpreise ein. Im einzelnen tritt er u. a. besonders für die Interessen des Forstgebietes ein. Die Weiterberatung wird dann am Mittwoch 12 Uhr vertagt.

## Landtag und Volksbegehren.

Wann fällt im Parlament die Entscheidung?

Berlin, 29. April.

Nachdem das Volksbegehren Erfolg gehabt hat, muß nach den Bestimmungen der Verfassung der Preussische Landtag darüber entscheiden, ob er der Forderung des Volksbegehrens zustimmt. Wann diese Entscheidung gefaßt werden wird, steht noch nicht fest.

Man rechnet mit der Möglichkeit, die Abstimmung über diese Frage in dem Sitzungsdienstag im Juni vornehmen zu können, zu dem der Landtag voraussichtlich zusammentreten wird, um den Kirchenvertrag zu verabschieden.

Zunächst muß bekanntlich das Abstimmungsergebnis vom Stahlhelm dem Staatsministerium mitgeteilt werden. Das Staatsministerium überleitet die Feststellungen dem Landesminister zur Nachprüfung. Sobald die Nachprüfung erfolgt ist, ist nach den Bestimmungen der Verfassung binnen vier Wochen dem Landtag eine Vorlage zu machen, die die Forderung des Volksbegehrens zum Gegenstand hat. Beinh der Landtag die Vorlage ab, so ist der Weg für den Volksentscheid frei.

Mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags muß für die Vorlage stimmen, um den Volksentscheid entsprechend zu machen.

Da der Landtag 450 Mitglieder hat, müßten also wenigstens 226 Abgeordnete für die Auflösung stimmen. Die Annahme, daß von den hinter dem Volksbegehren stehenden Parteien noch ein besonderer Antrag auf Auflösung eingebracht werden würde, findet keine Bestätigung.

## Gegen den Anschluß an Preußen.

Stellungnahme des Landbundes Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin, 29. April.

Der Gesamtverband des Landbundes Mecklenburg-Schwerin faßte eine Entschiedenheit, in der einstimmig die Stellungnahme des Landbundes Mecklenburg-Schwerin zu der Streitfrage begrüßt und besonders den Mitgliedern aus dem Land Rügenburg für die von ihnen ergriffene Initiative zur Abwendung des Anschlusses an Preußen zu Preußen bekannt wird. Der Landbund Mecklenburg-Schwerin, so heißt es weiter in der Entschcheidung, bestimme sich erneut als entschiedener Gegner jeder zentralistischen Reichsreform und jeder Aufsaugungspolitik durch Preußen. Der Gesamtverband bitte die Mecklenburg-Schwerinische Staatsregierung, ihre Bemühungen zur Vereinigung der beiden Länder Mecklenburg fortzusetzen.

## Kein Schritt des Landbundes.

Die Meldungen über die Rücktritts-Auf-forderung an Minister Schiele dem nicht.

Amlich wird mitgeteilt, die in Berliner Abendblättern veröffentlichte Meldung, daß Reichslandbundesführer den Reichsernährungsminister Schiele aufgefordert hätten, zurückzutreten, wenn der erhöhte Weizenzoll nicht effektiv würde, ist unzutreffend. Es haben weder direkte noch indirekte Fühlungen irgendwelcher Art in dieser Angelegenheit zwischen dem Reichsernährungsminister und dem Reichs-Landbund stattgefunden.

Wie aus dem Reichsernährungsminister näherstehenden Kreisen verlautet, hat Reichsminister Schiele dem Kanzler gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er und die landwirtschaftlichen Organisationen es für unmöglich halten, daß der Weizenzoll vollkommen abgelöst werde. Ein Abgleiten der Weizen- und Butterpreise unter die Preisobergrenze müßte unter allen Umständen verhindert werden. Um eine demonstrative Drohung mit dem Rücktritt habe es sich hierbei aber nicht gehandelt. Ein Wiedertritt würde sich im übrigen erst gewinnen lassen, wenn sich im Verlaufe der Resorveränderungen ergeben habe, ob ein Kompromiß möglich sei.

## Redeverbot aufgehoben.

Dr. Goebbels darf in Berlin wieder reden.

Berlin, 28. April.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat sich Dr. Goebbels verpflichtet, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß in nationalsozialistischen Parteiveranstaltungen, in denen er als Redner auftritt, die mit der Ueberwachung beauftragten Polizeibeamten nicht grüßlich belästigt, lächerlich gemacht oder sonst angegriffen werden.

Auf Grund dieser Erklärung hat das Berliner Polizeipräsidium das öffentliche Auftreten von Dr. Goebbels, das ihm in der letzten Zeit in zahlreichen Fällen unterlag, wieder frei gelassen. Dr. Goebbels wird demnach auf einer großen Kundgebung der NSDAP. am 1. Mai im Sportplatz sprechen.

## Dr. Goebbels wieder auf freiem Fuß.

Berlin, 29. April. Der Gauleiter der nationalsozialistischen Partei in Berlin, Dr. Goebbels, der in München verhaftet und in Berlin zum Termin vorgeführt wurde, nachdem er den verhängenen Vorladungen nicht gefolgt war, ist wieder freigelassen worden. Dr. Goebbels weigerte sich, sich zu den acht Fällen von Weledigung, die gegen ihn anhängen, zu äußern. Sein Verteidiger stellte Verweisanträge. Das Gericht beschloß, diesen Anträgen stattzugeben. Die Verhandlung wurde vertagt und Dr. Goebbels vom ferneren Ergehen zu diesem Prozeß entbunden.

## Uniformen sind in Baden wieder erlaubt.

Karlsruhe, 29. April. Nach einer amtlichen Bekanntmachung ist das allgemeine Verbot des Tragens der Parteiuniformen und Bundesstrahlen bei öffentlichen Versammlungen und Umzügen aufgehoben worden.

## Snowdens Haushaltsrede.

Verringerung der nationalen Schuld.

London, 28. April.

Im Unterhaus hielt Schatzkanzler Snowden seine mit Spannung erwartete Haushaltsrede. Er erklärte einseitig, daß er von dem üblichen Rückblick über das vergangene Finanzjahr absehe, statt dessen sei eine Druckschrift ausgearbeitet worden, die den Abgeordneten zugestellt werde.

Obwohl die wirtschaftliche Depression im Vorjahre ohne Beispiel dahelge, sei es gelungen, die nationale Schuld wesentlich zu vermindern. Es seien 180 Millionen Mark aus der deutschen Mobilisierungsanleihe eingegangen, so daß in unerwarteter Weise 52,5 Millionen Pfund der Schuld amortisiert werden konnten.

Der Schatzkanzler voranschlugte die kommenden Einnahmen aus der Zölle und der Abgabe auf 238 Millionen Pfund (245 Millionen Pfund im Vorjahre) und die Gesamteinnahmen auf 766 (775,9) Millionen Pfund.

## Unterhaus beschließt Einheitsfront.

London, 28. April. Nach der Rede des Schatzkanzlers Snowdens im Unterhaus erhob sich Neville Chamberlain, um im Namen der konservativen Snowdens seine Anerkennung für „seiner Mut, seine Aufrichtigkeit und seine hervorragenden parlamentarischen Fähigkeiten“ zum Ausdruck zu bringen. Die konservative Opposition sei froh, ihn nach seiner Krankheit wieder

## Die bulgarische Regierungskrise.

Malinoff erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Sofia, 29. April.

Die bulgarische Kabinettskrisis scheint in ihren letzten Momenten eingetreten zu sein. Malinoff erhielt vom König erneut den Auftrag, ein Koalitionskabinetts einschließlich des Sgouor zu bilden.